

Informationsdossier

19. August 2011

über die militärischen Angriffe der türkischen Armee auf Südkurdistan



Erstellt von YEK- KOM

Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.

Graf Adolf Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Tel:+49(0)2111711452,Fax:+49(0)2111711453,E-mail:yekkom@gmx.net

Inhalt:

- 1. Ein gefährliches Konzept: „tamilische Lösung“ für die kurdische Frage |** KNK Kurdistan National Kongress
- 2. Türkische Militäroperationen gegen kurdische Bevölkerung sind nicht hinnehmbar |** Gemeinsame Presseerklärung von Heidrun Dittrich (MdB Die Linke), Ulla Jelpke (MdB Die Linke), Ingrid Remmers (MdB Die Linke), Harald Weinberg (MdB Die Linke), Bärbel Beuermann (MdL Die Linke, NRW), Cansu Özdemir (MdBÜ Hamburg), Yilmaz Kaba (Landesvorstand Die Linke Niedersachsen), Britta Eder (Rechtsanwältin), Martin Dolzer (Soziologe), Murat Cakir (Kolumnist der Tageszeitung Özgür Gündem)
- 3. Militär bombardiert PKK-Stellungen. Massenverhaftungen geplant |** Nick Brauns, junge Welt
- 4. Türkische Armee bombardiert Ziele in Südkurdistan |** ANF und Roj TV, 17./18.08.2011, ISKU
- 5. Wie mit Böswilligkeit ein Problem gelöst werden soll |** Songül Karabulut, aus Kurdistan Report 157 September/Oktober

Weitere Informationen und Dossiers zum Thema finden Sie unter:

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet- und Öffentlichkeitsarbeit
Stahlwiete 10, 22761 Hamburg
E-Mail: isku@nadir.org; Internet: <http://isku.org>
Tel: 040/42102845



Ein gefährliches Konzept: „tamilische Lösung“ für die kurdische Frage

Seit gestern bombardieren türkische Kampfflugzeuge die Grenzregion in Südkurdistan (Nordirak). Ersten Meldungen zufolge wurden zivile Siedlungsgebiete getroffen. Unzählige Male hatte die Türkei bereits dieses Gebiet unter dem Vorwand, PKK-Guerillaeinheiten zu vernichten, militärisch angegriffen.

Die türkische Regierung der AKP bereitet sich seit längerem auf einen Krieg vor. Während die AKP bei den landesweiten Wahlen am 12. Juni als erste Aufgabe der neuen Regierung die Ausarbeitung einer neuen demokratischen Verfassung versprochen hatte, führt die Türkei jetzt grenzüberschreitende Militäroperationen durch und macht sich für eine breit angelegte politische Operation gegen Kurden in der Türkei bereit. Politik, Justiz, Sicherheitskräfte und vor allem die Presse schaffen seit Wochen die Grundlage für einen solchen Vernichtungskrieg.

Der türkische Ministerpräsident erklärt bei jeder Gelegenheit, dass niemand guten Willen erwarten solle. Das Messer sei am Knochen angelangt, man befinde sich an dem Punkt, an dem Worte ihre Bedeutung verloren hätten, die Türkei werde mit neuer Strategie und neuen Methoden gegen die PKK sowie gegen jeden, der sich nicht von ihr distanzieren, vorgehen und ihm einen hohen Preis abverlangen.

Parallel zum Aufwiegen der Öffentlichkeit gegen das kurdische Volk wird in den türkischen Medien über die „tamilische Lösung“ der kurdischen Frage debattiert. „Tamilische Lösung“ heißt eine militärische Lösung mit Tausenden von Toten.

Diese grenzüberschreitenden Angriffe sind Teil eines Gesamtkonzeptes. Bekanntlich führt das iranische Militär seit dem 16. Juli ebenfalls grenzüberschreitende Militäroperationen in Südkurdistan durch. Dass der Iran diese Besatzungsoffensive nicht losgelöst von der Türkei gestartet hat, war klar. Auch wurde erwartet, dass mit der Zeit das türkische Militär sich ebenfalls aktiv daran beteiligen wird. Ziel hierbei ist die Belagerung Südkurdistans. Sowohl die Türkei als auch der Iran sehen die Existenz der Kurdischen Regionalregierung als eine Drohung und wollen daher dieses Gebiet unter ihre Kontrolle bekommen. Zum anderen sollen den Bemühungen der kurdischen Organisationen und auch des Nationalkongresses Kurdistan für die nationale Einheit im Voraus begegnet werden. Es ist auch kein Geheimnis, dass die Türkei mit allen Mitteln versucht, südkurdische Kräfte mit einzubeziehen. Aus diesem Grund sollen die Guerillaeinheiten an drei Fronten zeitgleich angegriffen, eingekeilt und vernichtet werden. Der Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft ist sich die Türkei sicher. Diese hatte bereits die iranische Militär-Offensive stillschweigend hingenommen.

Besorgniserregend ist außerdem, dass die Angriffe gegen den kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali erneut zugenommen haben. Seit dem 27. Juli wird seinen Anwälten die Fahrt auf die Insel mit willkürlichen Begründungen untersagt. Erst vor einigen Tagen wurde vier Anwälten Öcalans ihre Anwaltszulassung für ein Jahr entzogen. Kurden erklären immer wieder, dass die Haltung gegenüber ihrem Vorsitzenden gleichbedeutend ist mit der Haltung gegenüber der kurdischen Frage.

Die AKP-Regierung versperrt alle Wege zur politischen Lösung. Die BDP wird durch den Entzug von Abgeordnetenmandaten und Verhaftungen aus dem Parlament hinausgedrängt, der DTK wird kriminalisiert und mit harten Sanktionen bedroht, der begonnene Dialog mit Abdullah Öcalan wird als Hinhaltetaktik missbraucht.

Die Türkei spielt mit dem Feuer, sie spielt mit der Zukunft der Region sowie mit der Chance auf ein friedliches Zusammenleben des türkischen und kurdischen Volkes.

Wir rufen die internationale Staatengemeinschaft, in erster Linie die EU, dazu auf, Maßnahmen gegen die grenzüberschreitenden Militäroperationen der Türkei zu ergreifen, da diese eindeutig einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen. Die Lösung der kurdischen Frage sollte nicht mit militärischen Maßnahmen, sondern im Rahmen einer demokratischen Verfassung mit demokratischen Mitteln angegangen werden.

Desweiteren rufen wir die Bundesregierung und alle politischen Parteien, NGO's, Friedensbewegungen und demokratische Kräfte dazu auf, sich klar gegen diesen völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei gegen die Kurden auszusprechen und Maßnahmen zu deren Beendigung einzuleiten.

18. August 2011

Türkische Militäroperationen gegen kurdische Bevölkerung sind nicht hinnehmbar

Mit Bestürzung sehen wir eine erneute Zuspitzung in der Politik der Türkischen Regierung in der kurdischen Frage. In der Nacht auf Donnerstag bombardierten türkische Kampfflugzeuge mutmaßliche Rückzugsgebiete kurdischer Rebellen in den Bergen des Nordirak. Gemeinsam mit den Regierungen des Iran und der USA wird auf eine rein militärische Lösung der kurdischen Frage orientiert. Auch türkische Bodentruppen versuchten, in den Nordirak zu gelangen.

Nach den Parlamentswahlen vom Juni verhinderte die AKP-Regierung unter Ministerpräsident Erdogan jeglichen Dialog mit den deutlich gestärkt ins Parlament gewählten Abgeordneten der pro- kurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP. Stattdessen setzte die Regierung Erdogan auf eine Ausgrenzung gewählter kurdischer Politiker aus dem Parlament, weitere Verhaftungen von BDP- Mitgliedern und eine Rhetorik der Gewalt. Selbst liberale Wissenschaftler und Publizisten in der Türkei hatten demgegenüber einen möglichen Friedensdialog unter Einbeziehung Abdullah Öcalans und der PKK eingefordert, den die kurdische Seite seit mehreren Jahren anstrebt.

Die von der türkischen Regierung betriebene einseitige Terrorzuschreibung gegenüber dem berechtigten Anliegen der kurdischen Bevölkerung ist nicht hinnehmbar. Widerstand gegen eine systematische Verleugnungs- und Unterdrückungspolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden ist völkerrechtlich legitim.

Wir protestieren aufs schärfste gegen die Angriffe dieser geostrategisch motivierten Allianz, die Öl- und Gasvorkommen im Mittleren Osten auf dem Rücken der kurdischen Bevölkerung sichern will. Die Bundesregierung wäre gefragt, sofort weiteres, unnötiges Blutvergießen zu verhindern und politische Wege zu öffnen, anstatt den Konflikt durch die zunehmende Kriminalisierung der KurdInnen in Deutschland und weitere Waffenlieferungen an die Türkei zu vertiefen.

18.08.2011

Heidrun Dittrich (MdB Die Linke)

Ulla Jelpke (MdB Die Linke)

Ingrid Remmers (MdB Die Linke)

Harald Weinberg (MdB Die Linke)

Bärbel Beuermann (MdL Die Linke, NRW)

Cansu Özdemir (MdBÜ Hamburg)

Yilmaz Kaba (Landesvorstand Die Linke Niedersachsen)

Britta Eder (Rechtsanwältin)

Martin Dolzer (Soziologe)

Murat Cakir (Kolumnist der Tageszeitung Özgür Gündem)

TÜRKEI: MILITÄR BOMBARDIERT PKK-STELLUNGEN. MASSENVERHAFTUNGEN GEPLANT

Von Nick Brauns

Die türkische Luftwaffe hat in der Nacht auf Donnerstag schwere Angriffe auf die kurdische Autonomieregion im benachbarten Nordirak geflogen. Zwei Dutzend von ihren Stützpunkten in Diyarbakir und Batman gestartete F-16-Kampfflugzeuge bombardierten nach Angaben des Generalstabs rund 60 mutmaßliche Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans PKK im türkisch-irakischen Grenzgebiet sowie im Kandilgebirge im irakisch-iranischen Grenzgebiet. Ein PKK-Sprecher erklärte, die Guerilla habe den Angriff erwartet und keine Verluste erlitten, doch zivile Infrastruktur sei zerstört worden. Die US-Besatzer im Irak hatten zuvor offenbar grünes Licht für die Luftangriffe gegeben. So versicherte US-Außenministeriumssprecherin Victoria Huland, die USA würde die türkische Regierung in jeder Form bei der Bekämpfung des Terrorismus unterstützen. Nahe der Stadt Semdinli scheiterten türkische Bodentruppen beim Versuch, die Grenze zum Irak zu überqueren, am starken Widerstand der Guerilla. Die PKK meldete zudem den Abschuss eines Sikorsky-Kampfhubschraubers bei Hakkari.

Die seit vergangenem Sommer schwersten Luftangriffe erfolgten nach einem PKK-Angriff auf einen Militärkonvoi in der Region Hakkari, bei dem am Mittwoch zwölf Armeeangehörige getötet wurden. Bereits in den letzten Tagen hatte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan die türkische Öffentlichkeit mit markigen Worten auf einen Vernichtungsschlag gegen die kurdische Befreiungsbewegung eingeschworen. »Jeder soll wissen, daß der Anfang des Friedens nach diesem Monat des Friedens und der Solidarität sehr anders aussehen wird«, kündigte der Ministerpräsident nach dem islamischen Fastenmonat Ramadan eine »neue Ära im Kampf gegen den Terrorismus« an.

So sollen neugebildete Spezialoperationsteams der Polizei zum »Antiterrorkampf« in die kurdischen Landesteile aber auch ins Schwarzmeergebiet geschickt werden. Diese Ankündigung weckt Erinnerungen an die blutigen 1990er Jahre, als solche damals noch der Armee unterstehende Sonderkommandos für zahlreiche Folterungen und extralegalen Hinrichtungen kurdischer Oppositioneller verantwortlich waren.

Auch legalen prokurdischen Organisationen droht offenbar eine neue Welle der Repression. »Unsere Geduld ist am Ende. Diejenigen, die sich nicht von dieser Terrororganisation distanzieren, werden den Preis dafür zu zahlen«, drohte Erdogan am Mittwoch mit Blick auf die »Partei für Frieden und Demokratie« (BDP). Geplant seien weitere Massenverhaftungen von bis zu 1400 Personen, darunter auch BDP-Parlamentsabgeordneten, enthüllte der Journalist Fatih Altayli im Sender Habertürk Details des Regierungsplans.

Auch von der Debatte über eine neue Verfassung sollen die BDP-Abgeordneten, die aus Protest gegen die fortdauernde Inhaftierung von sechs ihrer Kollegen bislang den parlamentarischen Eid verweigert haben, ausgeschlossen werden, meldet die regierungsnahе Tageszeitung Todays Zaman unter Berufung auf Parlamentssprecher Cemil Cicek am Donnerstag.

Unterdessen wurde die Isolation des auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan wieder verschärft. Bereits das fünfte Mal in Folge wurde Mitte der Woche seinen Rechtsanwälten der Besuch bei ihrem Mandanten verweigert. Gegen vier Anwälte Öcalans hatte ein Istanbuler Gericht zudem ein einjähriges Konsultationsverbot ihres Mandanten wegen »Unterstützung einer terroristischen Organisation« verhängt.

Türkische Armee bombardiert Ziele in Südkurdistan

Nach einem Angriff kurdischer Guerilla bei der 12 Soldaten der türkischen Armee den Tod fanden, hatte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan am Mittwoch ein hartes Vorgehen gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) angekündigt. Nun werde nicht mehr geredet, sondern gehandelt, so Erdoğan. Einzelheiten, der von Erdoğan angekündigten Offensive gegen die PKK, wurden bei seiner Rede nicht bekannt gegeben.

Am gestrigen Abend startete das türkische Militär zwei Luftangriffe gegen die Meder-Verteidigungsgebiete (von der PKK kontrolliertes Gebiet in Südkurdistan/Nordirak). 24 Militärflugzeuge starten von den Flughäfen von Amed (Diyarbakir) und Elih (Batman). Hierbei soll ein Teil der Militärflugzeuge auch über iranischen Luftraum eingeflogen sein. Neben dem Kandil-Gebiet wurden die Gebiete Metina, Zap, Sideka, Gare, Haftanin, Xakurke und Xinere zum Ziel der Luftangriffe.

Gegen 3.00 Uhr morgens wurde ein zweiter Luftangriff auf Südkurdistan in die Gebiete Lolan, Xinere, Xakurke und Kandil gestartet. Dieser Angriffswelle dauerte etwa eine Stunde an.

Bei den Luftangriffen wurden auch zivile Ziele getroffen. So wurde das Jugendzentrum in Zergele sowie Häuser von Zivilisten in mehreren Dörfern zerstört. Die Dorfbewohner von Bixel bei Sideka haben wegen der Bombardierung ihre Wohnungen verlassen müssen und befinden sich auf der Flucht. Nach ersten Informationen aus Kandil kam es aber bei den Angriffen zu keinen Menschenverlusten.

Laut Angaben der PKK bildeten sich nach den Bombardierungen große schwarze Rauchwolken, die in der Form bei früheren Luftangriffen noch nicht gesichtet worden waren. Türkische Medien berichteten, dass bei diesem Luftangriff erstmals seitens des türkischen Militärs Bomben benutzt worden sind, die auch von der US-Armee gegen Stützpunkte der Al Qaida in Pakistan verwendet werden.

Zeitgleich zur ersten Welle der Luftangriffe wurde gemeldet, dass in Şemzînan (Şemdinli) die türkische Armee mit Unterstützung durch Kampfhubschrauber versucht hat die Grenze nach Südkurdistan zu überschreiten. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Guerilla. Der Versuch die Grenze zu überschreiten misslang und die Militäreinheiten zogen sich zurück. Nach Angaben der Guerilla wurde in Gewer (Yüksekova) bei Colemêrg (Hakkari) ein türkischer Sikorsky-Kampfhubschrauber abgeschossen. Über mögliche Opfer ist noch nichts bekannt.

Nach Informationen aus Südkurdistan, die ANF vorliegen, sollen türkische Spezialeinheiten in der Stadt Ranya, die in der Nähe des Kandil-Gebietes liegt, stationiert worden sein, um mögliche Attentate gegen die Guerilla und KCK-Vertreter auszuüben.

In den Morgenstunden des 18. August erklärte ein Verantwortlicher der Volksverteidigungskräfte HPG gegenüber ANF, dass es bei den Angriffen zu keinen Menschenverlusten gekommen sei. Man sei in Erwartung der Angriffe gewesen und habe sich dementsprechend vorbereitet.

Zuletzt waren in den Jahren 2007 und 2008 regelmäßig Luftangriffe seitens der türkischen Armee gegen die Meder-Verteidigungsgebiete geflogen worden, die zum größten Teil ohne Erfolg blieben. In den letzten drei Jahren werden die Gebiete zudem ständig von unbemannten Drohnen überwacht und erkundschaftet.

Quelle: ANF und Roj TV, 17./18.08.2011, ISKU

Aktuelle Bewertung

Wie mit Böswilligkeit ein Problem gelöst werden soll

Songül Karabulut

Entgegen jeder Erwartung, nach den Parlamentswahlen würde die aufgeheizte Stimmung zur Normalität zurückkehren und konkrete Schritte zu einer Lösung der kurdischen Frage wie z. B. die Umsetzung der Öcalan-Protokolle sowie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung würden die Tagesordnung bestimmen, ist die Türkei auf einen neuen Vernichtungskrieg ausgerichtet.

Nachdem die AKP bei den Wahlen am 12. Juni 2011 trotz mehr Wählerstimmen nicht die notwendige Anzahl Sitze für einen Alleingang in Sachen neuer Verfassung hatte erringen können, scheinen ihre Wut und ihr Ärger gestiegen zu sein. Sie scheint entschlossen, die Kurden bei der Gestaltung der neuen Verfassung herauszuhalten. Sie will Lausanne nach fast 100 Jahren wiederholen.

Nach den Wahlen wurde das Abgeordnetenmandat Hatip Dicles durch die Hohe Wahlkommission aberkannt und die weiteren fünf inhaftierten kurdischen Abgeordneten sitzen noch immer im Gefängnis.

Das führte dazu, dass die BDP und Mitglieder des Wahlblocks sich weigerten, ihren parlamentarischen Eid abzulegen, solange die Situation ihrer KollegInnen nicht geklärt ist. Seitdem tagt die Parlamentsfraktion des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ wöchentlich in Amed (Diyarbakır) statt in Ankara. Die CHP, die wegen ihrer zwei inhaftierten Abgeordneten ebenfalls ihren parlamentarischen Eid vorerst verweigert hatte, kehrte ins Parlament zurück, nachdem sie sich mit der AKP-Regierung verständigt hatte. Der Druck der AKP auf die BDP nahm anschließend massiv zu, um nach der CHP auch der BDP den Willen zu brechen. Diese Krise hält nun seit zwei Monaten ohne Aussicht auf Lösung an.

Obwohl der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan vor den Wahlen der Öffentlichkeit mitgeteilt hatte, dass im Dialog mit der staatlichen Delegation drei Protokolle ausgearbeitet worden seien und diese nun durch die AKP beantwortet werden müssten, gibt es darauf keinerlei Reaktion der Regierung. Weder dementierte sie noch gesteht sie die Existenz dieser drei Protokolle ein. Daraufhin erklärte Öcalan, seine Rolle auf diese Weise nicht mehr wahrnehmen zu können. Während der letzten Konsultationen mit seinen Anwälten am 27. Juli (nach diesem Datum haben keine weiteren Anwaltsbesuche bei ihm stattgefunden) forderte er, falls seine Mitwirkung weiterhin gewollt sei, müssten seine Gesundheit, Sicherheit und freie Bewegungsmöglichkeit gewährleistet werden. In vorhergehenden Gesprächen mit seinen Anwälten hatte Öcalan erklärt: „Die türkische Öffentlichkeit sollte wissen: Ich hatte dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, dass ich die Guerillaeinheiten an einen Ort zurückziehen und das Problem innerhalb einer Woche lösen kann. Aber er reagiert nicht. Er will keine Lösung; obwohl wir jegliche Erleichterung bieten, nähert er sich der Lösung nicht an. Die praktischen Mittel müssen mir zugestanden werden, damit ich meine Rolle wahrnehmen kann. Ich verlange diese Instrumente nicht, weil ich auf Imralı sitze, ich würde das Gleiche auch verlangen, wenn ich draußen wäre. Unabhängig davon, ich benötige diese praktischen Mittel. Ich hatte gesagt, das Parlament muss zu diesem Thema einen Beschluss fassen. Aus diesem Grunde hatte ich appelliert, dass das Parlament nicht in die Sommerferien geht. Wenn notwendig kann es zu einer dringenden Sitzung einberufen werden. Oder der Ministerpräsident kann verlautbaren, dass sie nicht an eine militärische Lösung glauben, und ihren Willen bekunden, mithilfe einer demokratischen Verfassung zu einer

Lösung kommen zu wollen. Wir könnten auf diese Weise das Problem innerhalb einer Woche lösen. Wenn mir die notwendigen praktischen Mittel nicht gewährt werden, wie kann ich meine Rolle spielen? Ich habe keinen Zauberstab in der Hand.“

Nachdem Öcalan am 27. Juli bekanntgegeben hatte, er werde unter diesen Umständen nicht mehr tätig werden, wurden die Anwälte unter dem Vorwand ungünstiger Wetterbedingungen an der Fahrt nach Imrali gehindert. Außerdem wurde gestern (17. August) vier Anwälten Öcalans wegen angeblicher Unterstützung einer terroristischen Organisation für ein Jahr ihre Tätigkeit als Anwälte untersagt.

Am 14. Juli deklarierte der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) die Demokratische Autonomie. Obwohl in den kurdischen Kreisen seit 2008 das Lösungsprojekt der Demokratischen Autonomie öffentlich debattiert worden war, brach Entsetzen aus, als wäre es zum ersten Mal und völlig unerwartet gewesen. Seit Jahren versucht die kurdische Bevölkerung gemeinsam mit ihren Institutionen, das Projekt aufzubauen und umzusetzen. (1)

Obwohl der DTK seit 2007 arbeitet, wird nun hinterfragt, was er denn überhaupt sei, welchen Status er besitze. Auf einmal wird die Legitimität des DTK in Frage gestellt. Sowohl die Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan als auch die Kolumnisten liefern ausreichend Anhaltspunkte dafür, dass die bevorstehende politische Operation sich hauptsächlich gegen den DTK richten wird. Auch kursieren Zahlen (die Rede ist von etwa 1500) von im Rahmen einer solchen Maßnahme zu inhaftierenden Personen.

Erdoğan hatte in der Wahlkampfphase seinen Kurswechsel offen zur Sprache gebracht, indem er erklärte, in der Türkei gebe es keine kurdische Frage, sondern wenn überhaupt, dann einige Probleme seiner kurdischen Bürger. Diese Äußerung ist eine Abkehr von seiner zuvor eingeleiteten Phase, als er die Existenz der kurdischen Frage anerkannt und auch Fehler des Staates gegenüber den Kurden eingeräumt hatte. Dieser Wechsel ist nichts anderes als die Rückkehr zu der alten Politik, in der die kurdische Frage nur als Terrorfrage behandelt wurde.

Am 14. Juli kam es in Farqîn (Silvan) zu militärischen Zusammenstößen zwischen der türkischen Armee und der Guerilla, bei denen die Armee hohe Verluste hinnehmen musste. Bezogen auf diesen Vorfall bekundete Erdoğan: „Niemand soll von uns guten Willen erwarten.“ Ohne Scheu gab er zu, die AKP werde mit schlechten Absichten handeln. Kurze Zeit später kündigte er neue Strategien und Methoden im Kampf gegen den Terror und entsprechende Vorbereitungen hierzu an. Die öffentliche Stimmung wird angeheizt, weil nur über Ergebnisse militärischer Zusammenstöße geredet wird. Gänzlich ausgeklammert wird in der Debatte, dass es zu Zusammenstößen kommt, während türkische Soldaten auf Guerillajagd sind.

Und zuletzt drohte Erdoğan anlässlich der Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen seiner Partei: „Ich sage es ganz offen: Diejenigen, die sich nicht von dieser Terrororganisation distanzieren, machen sich der Mittäterschaft schuldig. Sie sind dazu verdammt, den Preis dafür zu zahlen. Wir bleiben aus Respekt für den Ramadan geduldig. Aber jeder soll wissen, dass der Anfang des Friedens nach diesem Monat des Friedens und der Solidarität sehr anders aussehen wird. Sie werden einen hohen Preis zahlen müssen.“

Nicht zu vergessen ist natürlich, dass die erste vollbrachte Tat der neuen Regierung ein Désignée beim Militär war. Vor der Sitzung des Obersten Militärrats, auf der Personalfragen und Beförderungen behandelt werden, erklärte die Armeeführung ihren Rücktritt. Dieser wurde als Protest gegen die Inhaftierung hochrangiger Militärs sowie gegen ihre Nichtbeförderung gelesen. Die Krise dauerte nicht lange, die AKP hatte am Ende der Sitzung die Neubesetzung nach eigenem Gusto vollzogen. Nachdem Polizei, Justiz und Geheimdienst erfolgreich unterwandert worden waren, wurde nun die Armee nach eigenen Vorstellungen formiert. Die Akte des neuen Generalstabschefs Necdet Özel ist im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gewiss nicht sauber. So beweisen Videoaufnahmen, dass Özel am 11. Mai 1999 einen Chemiewaffeneinsatz gegen kurdische Guerillas in Şirnex (Şırnak) anordnete. Während die jüngste Intervention der Regierung in die Armeestrukturen als ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Türkei dargestellt wird, entspricht das aber keineswegs der Realität. Zwar wurde die

Macht der Generäle beschnitten, doch statt der Demokratie wurde eher der Einfluss der AKP innerhalb des Staates gestärkt.

So weit im Groben die innenpolitischen Ereignisse in der Türkei in den letzten zwei Monaten, nun sollten wir uns den außenpolitischen Entwicklungen widmen.

Seit dem 16. Juli führt die iranische Armee militärische Angriffe gegen Stellungen der Partei für ein Freies Leben (PJAK) in Kandil, im iranisch-irakischen Grenzgebiet durch. Aufgrund der tagelangen Bombardierungen und Gefechte kamen sowohl iranische Soldaten als auch PJAK-Guerillas und einige Zivilisten ums Leben. Diese Angriffe unterscheiden sich sehr von den vorherigen. Das iranische Regime attackiert seit Jahren in regelmäßigen Abständen die kurdische Autonomieregion im Nordirak (Südkurdistan). Die jüngsten Angriffe stellen eher den Versuch dar, die Region zu besetzen. Der Iran spricht von der strategischen Bedeutung Kandils und unterstreicht seine Absicht, diese Region von der kurdischen Guerilla säubern zu wollen. Er beabsichtigt zur Destabilisierung in der Grenzregion radikal-islamische Kräfte zu stationieren. Dieses militärische Vorgehen Irans ist sicherlich kein Alleingang. Die Türkei unterstützt ihn aktiv im Kampf gegen die kurdische Guerilla. Auf diese Weise erhofft sie sich, zwei unterschiedliche Kräfte, sowohl die kurdische Freiheitsbewegung als auch Iran, zu schwächen. Die Motivation Irans ist es, durch die Errichtung einer Pufferzone an der iranisch-irakischen Grenze seinen Einfluss im Irak sowie in Syrien zu steigern, für Instabilität zu sorgen, um die bevorstehende Intervention gegen sich hinauszögern zu können. Die Vermutung, nach einer Weile werde das türkische Militär sich ebenfalls der grenzüberschreitenden Operation anschließen, trat gestern ein. 15 Kampfflugzeuge beschossen über Stunden PKK-Stellungen in Südkurdistan. Auch wird immenser Druck auf die südkurdischen Kräfte ausgeübt, sich ebenso an diesem Konzept zu beteiligen. Die kurdische Befreiungsbewegung soll auf diese Weise gezwungen werden, an drei Fronten parallel gegen den Iran, die Türkei und den Irak zu kämpfen. Die Türkei wird höchstwahrscheinlich ihre Luftangriffe mit Angriffen durch Bodentruppen unterstützen. Informationen über Belagerungen durch türkisches sowie iranisches Militär an der Grenze bestätigen diese Annahme.

Syrien ist ein weiteres Nachbarland der Türkei, das ebenfalls wichtige Entwicklungen durchlebt. Die Türkei ist damit in einem solchen Maß beschäftigt, dass der türkische Ministerpräsident Syrien als „unsere innere Angelegenheit“ erklärte. Mit Zustimmung der USA und in Arbeitsteilung scheint Syrien größtenteils der Türkei überlassen worden zu sein. Diese versucht die syrische Opposition zu organisieren, übermittelt der syrischen Staatsführung Ultimaten und Botschaften der USA. Alles deutet darauf hin, dass die Türkei mit der Erfahrung aus dem Irak in keinem Nachbarland von den Entwicklungen ausgeschlossen sein will, um sie mit steuern zu können. Die Situation des kurdischen Volkes in Syrien ist für dieses große Interesse der Türkei an Syrien ausschlaggebend. Wenn es dort zum Systemwechsel kommen sollte, wird sich das kurdische Volk da ebenfalls einbringen und das Ergebnis mitbestimmen wollen. Genau das will die Türkei verhindern.

Wieder einmal haben wir die Situation, dass Kräfte mit entgegengesetzten Interessen und im gegenseitigen Machtkampf liegend im Kampf gegen die Kurden gemeinsam agieren. Iran, Syrien, Türkei, USA und EU treten heute als Teile dieses Vernichtungskonzeptes auf. Aber die Widersprüche untereinander werden diese Allianz nicht lange bestehen lassen können. Das antikurdische Bündnis zwischen der Türkei und Iran kann an der Frage Syriens scheitern. Der Prozess in Dänemark gegen den kurdischen Fernsehsender ROJ TV, der am 15. August eröffnet wurde, sowie die neue Rechtsprechung in Deutschland, wonach künftig der § 129b StGB gegen die Kurden angewandt werden soll, sind nicht losgelöst von der Gesamtpolitik zu betrachten.

Wie stehen all diese Entwicklungen in Verbindung und auf welche weisen sie hin?

Die AKP hat in ihrer achtjährigen Regierungszeit innenpolitisch alle ihrer Macht im Wege stehenden Kräfte unter Kontrolle gebracht, außer den Kurden. Nachdem sie alle staatlichen Institutionen, Polizei, Justiz, Armee nacheinander unterwandert hat, entpuppt sie sich als Kriegsregime. Alle Institutionen sind auf einen totalen Krieg gegen die Kurden ausgerichtet. Seit einiger Zeit wird in den Medien in Kommentaren über die „tamilsche Lösung“ debattiert, um die Bevölkerung auf einen umfassenden Krieg vorzubereiten. Die Türkei nimmt den hohen Preis für ein solches Konzept in Kauf und sieht für das kurdische Volk die Vernichtung vor.

Die Vorstellung, die kurdische Guerilla in einem Drei-Fronten-Krieg militärisch zu vernichten, die legalen kurdischen Strukturen innerhalb der Türkei mit einer umfassenden politischen Operation mit Tausenden Gefangenen zu zerbrechen sowie mit aktiver Unterstützung ihrer westlichen Verbündeten auch im europäischen Ausland gegen die Kurden vorzugehen, mag den Appetit der AKP-Regierung gesteigert haben. Aber wir wissen, dass Habgier oft die Vernunft ausschaltet.

Dabei wird vergessen, dass seit 27 Jahren (seit dem Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK) alle Regierungen in der Türkei dasselbe Ziel mit derselben Intensität verfolgt haben. In den letzten 27 Jahren hat die PKK 9 Ministerpräsidenten, 5 Staatspräsidenten, 10 Generalstabschefs überlebt. Alle sind mit ihrem Vorhaben gescheitert, haben mit ihrem Irrsinn die Türkei immer mehr ins Dunkel gedrängt. Nicht nur die Kurden wurden Opfer dieser Politik, auch die Türkei selbst mit all ihren Einrichtungen und ihrer Bevölkerung hat einen hohen Preis zahlen müssen.

Erdoğan sagt jetzt, das Messer sei am Knochen angelangt, die Regierung werde keine Geduld mehr zeigen und die Kurden würden, sofern sie sich nicht von der PKK distanzieren, einen hohen Preis zahlen müssen. Er spricht davon, Millionen Menschen zur „Rechenschaft“ ziehen zu wollen. Als sei das kurdische Volk nicht schon mit allen Unterdrückungsformen konfrontiert worden.

Während der Regierungszeit Tansu Çiller wurden über 4000 kurdische Dörfer verbrannt und entvölkert, Millionen Menschen vertrieben, Tausende kurdische Intellektuelle, Unternehmer, Politiker, Journalisten etc. zum Angriffsziel der Kontraguerrilla. Tausende Menschen wurden festgenommen und unvorstellbarer Folter ausgesetzt, großangelegte grenzüberschreitende Militäroperationen durchgeführt, kurdische Parteien und Institutionen verboten, Zeitungsbüros bombardiert.

Diese ganze Unterdrückungspolitik hat die Kurden nicht von ihren Freiheitsbestrebungen abgehalten.

Damals war die kurdische Befreiungsbewegung in der Türkei gar nicht mal so verankert wie heute und sie besaß nicht die Möglichkeiten, die sie heute hat. Heute ist es auch nicht mehr so einfach, Kurden gegeneinander aufzubringen.

Der Status quo in der Region hielt damals in all seiner Härte an, während heute die Regime wackeln und eines nach dem anderen seine Macht verliert. Während damals nur die Kurden kämpften, sind es heute alle Völker in der Region, die gegen die Rückständigkeit ihrer Regime Widerstand leisten.

Zu keiner Zeit waren die Bedingungen in allen Teilen Kurdistans so günstig wie heute. Während früher der türkische Teil Kurdistans das Zentrum des Kampfes und der Errungenschaften darstellte, geht es heute um alle Teile Kurdistans. Die Kurden in Syrien, die Kurden im Iran, die Kurden im Irak und die Kurden in der Türkei sind auf den Beinen und kämpfen für ihre Rechte.

Lausanne ist längst durchbrochen und wird nicht mehr zu wiederholen sein. Zu keiner Zeit waren sich die Kurden ihres konkreten Lösungskonzeptes so sicher wie heute. Demokratische Autonomie als Lösungskonzept und Lebensform der Kurden wird Schritt für Schritt umgesetzt werden, mit oder ohne Zustimmung der jeweiligen Staaten. Kurden werden keine Lösung akzeptieren, in der ihre Existenz nicht gesichert ist.

An der Böswilligkeit der türkischen Machthaber hat es nie gemangelt. Im Gegenteil, die Böswilligkeit in der Annäherung an das kurdische Volk hat das Problem produziert. Auch Erdoğan sollte dies endlich zur Kenntnis nehmen, und wenn er etwas Neues vorlegen will, dann sollte er guten Willen zeigen und die kurdische Frage mittels ehrlichem Dialog und Verhandlungen angehen.

(1) 2007 warf Abdullah Öcalan die Idee der „demokratischen Autonomie“ (*demokratik özerklik projesi*) auf. Eine Autonomie für Kurden hatte einst auch Atatürk vorgeschlagen, um sich deren

Unterstützung im Befreiungskrieg zu sichern. Die DTP nahm die Idee des Projekts in ihr Parteiprogramm auf und veröffentlichte im Oktober 2008 eine Schrift mit dem Titel „Das Projekt der DTP für die demokratische Lösung des Kurdenkonflikts“ (*DTP'nin Kürt Sorununa İlişkin Demokratik Çözüm Projesi*). Das Projekt sieht die Etablierung von 20 bis 25 Regionalparlamenten sowie des Kurdischen als Bildungssprache vor. Die Broschüre wurde an alle Abgeordneten, Minister sowie Diplomaten per Post verteilt.